

Zeitschrift: Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 81 (2006)
Heft: 12

Artikel: Kommission verlangt Massnahmen : die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrats zur Lage des Berufs- und Zeitmilitärs
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-717315>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 21.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kommission verlangt Massnahmen

Die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrats zur Lage des Berufs- und Zeitmilitärs

Fast drei Jahre nach dem Inkrafttreten der Armeereform XXI hat die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates (GPK-N) einen Bericht über die Umsetzung der Armee reform im Bereich der Ausbildung verabschiedet. In diesem Bericht betont die GPK-N, dass mit der Armee XXI zahlreiche Verbesserungen aus Sicht der Rekruten eingeführt wurden. So hat sich die Qualität der Ausbildung stark verbessert, es gibt mehr freiwillige Anwärter auf eine Kaderfunktion, und das neue Rekrutierungssystem funktioniert insgesamt zur Zufriedenheit sämtlicher Beteiligten.

Die GPK-N betont allerdings auch, dass es grosse Probleme bezüglich der Situation der für die Ausbildung engagierten Berufs- und Zeitmilitärs gibt. Die Kommission kommt zum Schluss, dass den Berufsmilitärs heute praktisch ununterbrochen eine sehr hohe Arbeitsbelastung auferlegt wird. Die Arbeitszeit beträgt häufig über siebenzig Stunden pro Woche.

Grosse Arbeitsbelastung

Die Arbeitsbelastung wird zusätzlich verschlechtert durch die gravierenden Unterbestände, wobei gleichzeitig die Kürzung gewisser Lohn- und Sozialleistungen und ein Mangel an beruflichen Perspektiven in Kauf genommen werden müssen. Das Zusammentreffen all dieser Punkte hat eine starke Demotivation der Berufsmilitärs sowie eine Zunahme der Kündigungen zur Folge. Die Anzahl der nachkommenden Berufskader erlaubt keine Erhöhung der Bestände, obwohl dies nötig wäre. Im Laufe ihrer Arbeiten kam die Kommission zur Überzeugung, dass sich die Situation keineswegs verbessert, sondern sich sogar zusätzlich verschlechtert hatte. Nach Meinung der GPK-N gleicht die heutige Situation einem Teufelskreis, der dringend zu durchbrechen ist – sonst stellt sich zwangsläufig die Frage, ob das aktuelle System langfristig bestehen kann. Deshalb fordert die Kommission den Bundesrat auf, Massnahmen zu ergreifen, um die Situation der Berufsmilitärs rasch zu verbessern. Darüber hinaus ist die GPK-N der Ansicht, dass jegliche künftige Entwicklung der Armee eingehend auf deren Auswirkungen im Personalbereich hin untersucht werden muss. Aus diesem Grund hat die GPK-N die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerates (SiK-S) ersucht, die Auswirkungen des Entwicklungsschrittes 2008/11



Miliz- und Berufskader gemeinsam im Einsatz.

auf das militärische Personal eingehend zu prüfen.

Die GPK-N war ausserdem beeindruckt von der grossen Unzufriedenheit bei einem Teil der Zeitmilitärs, deren Bestände heute ähnlich gross sind wie jene der Berufsmilitärs. Die Zeitmilitärs haben neben den schwierigen Arbeitsbedingungen auch noch mit Problemen bei der Rückkehr ins Zivilleben zu kämpfen. Nach Meinung der Kommission sind diese Schwierigkeiten Ausdruck allgemeiner Mängel beim Personalmanagement für Zeitmilitärs.

Kohärente Strategie

Will die Armee weiterhin eine grosse Zahl von Zeitmilitärs einsetzen, so erwartet die Kommission vom Bundesrat, dass er für diese eine kohärente Strategie und Personalpolitik entwickelt und die Attraktivität dieser Dienstform erhöht. Gesamthaft ist festzuhalten, dass die GPK-N aufgrund der Feststellungen, die sie vor Ort machen konnte, ernsthafte Zweifel an der Nachhaltigkeit des aktuellen Systems hat. Ihrer Meinung nach muss der Bundesrat anerkennen, dass zwischen den Aufgaben, der Grösse und den Mitteln der Armee ein Missverhältnis besteht. Deshalb fordert die Kommission den Bundesrat auf, die Armee XXI einer grundlegenden kritischen Überprüfung zu unterziehen

und seine Schlussfolgerungen in einem Bericht an das Parlament festzuhalten.

Zur Personalfriedenheit

Im Weiteren befasste sich die Kommission mit der Ursachen- und Massnahmenanalyse zur Personalfriedenheitsumfrage 2005 beim Bundespersonal sowie mit der Reorganisation des Eidg. Personalamtes (EPA). Die Geschäftsprüfungskommissionen werden jährlich durch das Personalreporting des Bundesrates über die Umsetzung des Bundespersonalgesetzes und über die Personalpolitik des Bundes informiert. Die Geschäftsprüfungskommissionen verfolgten die Entwicklung im Bereich der Personalfriedenheit der letzten beiden Jahre mit Besorgnis. Nachdem bei der Personalfriedenheitsumfrage 2005 eine Verschlechterung der Arbeitszufriedenheit sowie ein Anstieg der Resignation festgestellt werden musste, hatte die Human-Ressourcen-Konferenz Bund beschlossen, die möglichen Ursachen und Hintergründe der gesunkenen Arbeitszufriedenheit zu ergründen. Der Bericht vom August 2006 des EPA ortet nun sowohl externe (mangelnde Wertschätzung durch Bundesrat und Parlament, Stellenabbau ohne Aufgabenverzicht usw.) wie auch dienststellenspezifische Ursachen (z.B. Mängel in der Führung, fehlende Berufsperspektiven). *gpk-n.*